



# HESSISCHER LANDTAG

02. 03. 2010

*Zur Behandlung im Plenum  
vorgesehen*

**Dringlicher Entschließungsantrag  
der Abg. Dr. Spies, Decker, Merz,  
Müller (Schwalmstadt), Roth (SPD) und Fraktion  
betreffend Verfassungsänderung für Arbeitsgemeinschaften  
(ARGEn) und Optionskommunen jetzt auf den Weg bringen**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Langzeitarbeitslose Menschen brauchen Hilfen aus einer Hand. Alle Bundestagsfraktionen und die Landesregierungen sind jetzt aufgefordert, an einem Strang zu ziehen und die verfassungsändernde Mehrheit sicherzustellen. Ohne Verfassungsänderung drohen Mehrkosten, eine ineffiziente Doppelverwaltung und ein Wirrwarr in der Zuständigkeit, der die betroffenen langzeitarbeitslosen Menschen verunsichert und ihre Vermittlungschancen mindert.
2. Die Verfassungsänderung muss die Jobcenter der Arbeitsgemeinschaften (ARGEn), bei denen Kommunen und Bundesagentur für Arbeit zusammenarbeiten, verfassungsrechtlich absichern. Eine Ausweitung des Optionsmodells sollte ebenfalls ermöglicht werden.
3. Darüber hinaus müssen beide Modelle weiterentwickelt werden. Sie brauchen einen eigenständigen handlungsfähigen Personalkörper. Sie brauchen dezentrale, der Situation vor Ort angepasste Strukturen mit hoher Entscheidungskompetenz und mehr Freiraum beim Einsatz der Mittel.
4. Erforderlich sind außerdem mehr Transparenz und eine Datengrundlage, die Vergleichbarkeit ermöglicht. Es muss einheitliche Standards geben, mit denen überprüfbar wird, wie im Sinne der Betroffenen Erfolg versprechend gearbeitet werden kann und zwar unabhängig von der Organisationsform.

**Begründung:**

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 2. März 2010

Der Fraktionsvorsitzende:  
**Schäfer-Gümbel**

**Dr. Spies  
Decker  
Merz  
Müller (Schwalmstadt)  
Roth**